

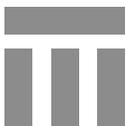
Christoph Butterwegge · Michael Klundt
Matthias Belke-Zeng

Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland

Christoph Butterwegge · Michael Klundt
Matthias Belke-Zeng

Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland

2., erweiterte und aktualisierte Auflage



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2005
2. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Engelhardt

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15915-7

Das vorliegende Buch widme ich
meiner Tochter Sina Malu,
die am 24. März 2008
– unmittelbar vor der Manuskriptabgabe –
geboren wurde, und ihrer Mutter
in größter Dankbarkeit

Christoph Butterwegge

Inhalt

Vorbemerkungen	11
1. Vereinigung und Globalisierung als Herausforderungen für den Sozialstaat	13
1.1 Die deutsche Wiedervereinigung	14
1.1.1 Ökonomische, politische und soziale Ausgangsbedingungen	15
1.1.2 Ostdeutschland nach der DDR-„Wende“ im Oktober/November 1989	20
1.1.2.1 Enttäuschung der Hoffnungen auf ein „zweites Wirtschaftswunder“	21
1.1.2.2 Vom Staatssozialismus zum Sozialstaat: Folgen des Institutionentransfers für die ehemaligen DDR-Bürger/innen	25
1.1.2.3 Die soziale Ungleichheit und der Paternoster-Effekt	29
1.1.2.4 Arbeitslosigkeit als Dauerzustand für die Betroffenen und Strukturelement der Gesellschaft	33
1.1.2.5 „Umbruchsarmut“: Erblast des SED-Regimes, Randerscheinung des Vereinigungsprozesses oder Resultat einer falschen Politik?	37
1.1.3 Westdeutschland nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990	41
1.1.3.1 Vereinigungsboom, Wachstumskrise und Beschäftigungsschwäche	43
1.1.3.2 „Absturz West“ statt „Aufschwung Ost“?	45
1.2 Die neoliberale Modernisierung als dominante Form der Globalisierung	48
1.2.1 Globalisierung: Begriff, Geschichte und Erscheinungsformen ..	52
1.2.2 Das gesellschaftspolitische Projekt des Neoliberalismus	56
1.2.3 Pauperisierung, soziale Polarisierung und Prekarisierung der Lebenslagen	58
1.2.4 Familien und Kinder als Modernisierungsverlierer	64
1.2.4.1 Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“	66

1.2.4.2	Auflösung der „Normalfamilie“	69
1.2.4.3	„Globalisierungsarmut“ als Resultat der „Standortkonkurrenz“	75
1.3	Um- bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates: Anspruch und Wirklichkeit	78
1.3.1	Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter Gerhard Schröder: Neoliberalismus in Rot-Grün?	80
1.3.1.1	Die sog. Hartz-Kommission, ihre Vorschläge zur Arbeitsmarktreform und deren Umsetzung	82
1.3.1.2	„Agenda 2010“ – das regierungsoffizielle Drehbuch für den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates	86
1.3.2	Sehr viel Kontinuität und nur wenige Fortschritte in der Familienpolitik	91
1.3.3	Fortsetzung der Reformen unter Angela Merkel: Sozial-, Familien- und Steuerpolitik nach dem Matthäus-Prinzip?	95
1.3.3.1	Einführung des Elterngeldes und Schaffung von mehr Krippenplätzen: Bekämpfung der Armut von oder der Armut an Kindern?	97
1.3.3.2	Erhöhung der Mehrwertsteuer und Entlastung der Firmenerben von betrieblicher Erbschaftsteuer	104
1.3.4	Deutschlands mehrfache Spaltung	107
1.3.4.1	Folgen der sog. Hartz-Gesetze	108
1.3.4.2	Ausweitung des Niedriglohnssektors	115
1.3.4.3	Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland	117
2.	Forschungsstand zur Kinderarmut in Deutschland sowie im internationalen Vergleich	127
2.1	Konzepte der (Kinder-)Armutsforschung im Überblick: Ressourcen- und Lebenslagenansatz	127
2.1.1	Die dynamische Armutsforschung	129
2.1.2	Begriff und Aufgaben einer dualen Armutsforschung	131
2.1.2.1	Gesellschaftskritik und Empirie	132
2.1.2.2	Kinderarmut und Weltmarktdynamik	134
2.1.2.3	„Dualisierung“ der Armut – Arbeitslosigkeit vs. Billigjobs	135
2.1.2.4	Lebenslage und -welt als Konzept zur Erhebung psychosozialer Folgen von Armut und der kindlichen Strategien zu ihrer Bewältigung	136
2.2	Nationale und weltweite Verbreitung von Kinderarmut	142
2.3	Psychosoziale Folgen der Armut für Kinder	161
2.3.1	Gesundheitliche und psychosoziale Beeinträchtigungen	163
2.3.2	Bildungsbenachteiligung	166
2.3.3	Folgen von Armutslagen im Spannungsfeld unterschiedlicher Determinanten	172

3.	Methodik und Datenbasis der empirischen Untersuchung ...	177
3.1	Erhebungsinstrumente	178
3.2	Die soziale Situation in den Untersuchungsgebieten	180
3.2.1	Umfang und Erscheinungsformen von (Kinder-)Armut in Köln	180
3.2.2	Die soziale Situation in Erfurt	183
3.3	Das Untersuchungssample	187
3.3.1	Konstruktion der sozialen Lagen: „untere“ und „obere Schicht“ als Vergleichsgruppen für die quantitative Analyse	188
3.3.2	Indikatoren für kindliche Lebenslagen	196
3.3.2.1	Familienform	196
3.3.2.2	Haushaltsgröße und Geschwisterzahl	200
3.3.2.3	Erwerbsstatus	205
3.3.2.4	Wohnraumversorgung	208
3.3.2.5	Ethnische Herkunft	210
3.3.3	Zusammenfassung	212
4.	Die soziale Situation von Kindern in Ost- und Westdeutschland – Ergebnisse der Lebenslagenanalyse	213
4.1	Familienformen und Haushaltsgrößen	213
4.1.1	Familienform	213
4.1.2	Haushaltsgröße und Geschwisterzahl	215
4.1.3	Migrationshintergrund und Familiengröße	217
4.1.4	Zusammenfassung	218
4.2	Erwerbssituation	218
4.2.1	Familien	220
4.2.2	Mütter	221
4.2.3	Väter	227
4.2.4	Zusammenfassung	229
4.3	Wohnsituation	230
4.3.1	Vorhandensein eines (eigenen) Kinderzimmers	230
4.3.2	Beurteilung der Wohnung	233
4.3.3	Einschätzung der Wohnungsgröße	235
4.3.4	Platz zum Spielen	236
4.3.5	Zusammenfassung	238
4.4	Taschengeld, Freizeit und Unterhaltung	239
4.4.1	Taschengeld	239
4.4.2	Besitz von Sport- und Spielgeräten	246
4.4.3	Besitz von Informations- und Kommunikationsmitteln	250
4.4.4	Urlaub und Ferienfahrten	255
4.4.5	Zusammenfassung	262
4.5	(Schul-)Bildung	263
4.5.1	Schulisches Wohlbefinden	263
4.5.2	Beurteilung der eigenen Leistungen	265
4.5.3	Schulangst	268

4.5.4	(Unterstützung bei der) Erledigung von Hausaufgaben	270
4.5.5	Wiederholung von Klassen	275
4.5.6	Bildungsübergang	278
4.5.7	Zusammenfassung	284
4.6	(Wohl-)Befinden und Gesundheit	285
4.6.1	Gesundheitliches Wohlbefinden	286
4.6.2	Kopf- und Bauchschmerzen	288
4.6.3	Konzentrationsschwierigkeiten	292
4.6.4	(Ein-)Schlafprobleme	293
4.6.5	Müdigkeit in der Schule	296
4.6.6	Zusammenfassung	297
4.7	Gesamtbilanz der empirischen Untersuchung	299
5.	Schlussfolgerungen für die Bekämpfung der Kinderarmut im vereinten Deutschland	301
5.1	Vorüberlegungen und Ansatzpunkte für eine Gegenstrategie	301
5.2	Arbeitsmarkt-, beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen	305
5.2.1	Arbeitszeitverkürzung, Kräftigung des Flächentarifvertrages und Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns	306
5.2.2	Der „aktivierende (Sozial-)Staat“ – Garant einer Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Kinderarmut?	309
5.2.3	Schritte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit	314
5.2.4	Beseitigung der Familienarmut durch Vergütung der Eltern- bzw. Erziehungsarbeit?	317
5.3	Familien- und/oder Kinder(wohlfahrts)politik?	320
5.3.1	Grundrichtungen und Zielsetzungen der Familienpolitik	321
5.3.2	Kindergeld (und -freibeträge) als Kern des Familienlastenausgleichs	326
5.3.3	Ehegatten- und Familiensplitting: (zu) wenig Unterstützung für arme Familien	330
5.4	Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung – nicht bloß ein Mittel gegen Bildungsarmut	334
5.4.1	Krippen, KiTas und Horte: Orte (früh)kindlicher Bildung	335
5.4.2	Ganztags- und Gemeinschaftsschulen	339
5.5	Jugendhilfe, Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement	344
5.6	Wohngeld, Städtebau und Stadtentwicklung	348
5.7	Verantwortung der Medienmacher/innen und (sozial)pädagogische Handlungsanforderungen	350
5.8	Armutsverhinderung durch Gesellschaftsveränderung	355
	Abkürzungen	361
	Literaturauswahl	365

Vorbemerkungen

Als die 1. Auflage des vorliegenden Buches im Januar 2005 erschien, trat fast zeitgleich das als „Hartz IV“ bekannte *Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* in Kraft. Es sollte nicht nur die materielle Lage von Millionen Menschen in Ost- und Westdeutschland entscheidend verändern, sondern auch das soziale Klima verschlechtern und die politische Kultur der Bundesrepublik schwer beschädigen. Damals war das Problem einer quantitativ zunehmenden und sich überdies qualitativ zuspitzenden Kinderarmut noch weitgehend ein Tabuthema. Inzwischen befasst sich die Öffentlichkeit damit nicht mehr nur eher widerwillig und routinemäßig, also hauptsächlich in der Vorweihnachtszeit und während des medialen Sommerlochs. Manchmal scheint es sogar, als sei daraus ein richtiges Modethema geworden, das die Massenmedien auch im Zusammenhang mit sich scheinbar häufenden Fällen der Kindesverwahrlosung und -misshandlung beschäftigt. Diese rufen manchmal geradezu hysterische Reaktionen hervor, ohne dass die (Regierungs-)Politik daraus bisher die (richtigen) Konsequenzen gezogen hätte.

Dies ist einer der Gründe, warum hiermit die 2. Auflage des Buches präsentiert wird, obwohl die empirische Untersuchung, die ihm zugrunde liegt, schon vor längerer Zeit durchgeführt wurde und weder aktualisiert noch wiederholt werden konnte. Ein anderer Grund besteht darin, dass es zwar eine Fülle weiterer Forschungsprojekte und eine Flut wissenschaftlich fundierter Publikationen zum Thema „Kinderarmut“ gibt, die spezifischen Rahmenbedingungen des vereinigten, vormals aus zwei Separatstaaten mit unterschiedlichen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Wohlfahrtssystemen sowie konträren (sozial)politischen Kulturen bestehenden Deutschland aber eher vernachlässigt worden sind.

Um die Lebenssituation von Familien und Kindern im vereinten Deutschland verstehen zu können, muss man die sozioökonomische Ausgangslage, die historischen Prägungen und die politische Entwicklung der alten wie der – mittlerweile auch nicht mehr gerade – neuen Bundesländer beleuchten. Ein solcher Vergleich gibt Aufschluss darüber, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Lebenslagen in Ost- und Westdeutschland existieren, wie

sich Sonderfaktoren auswirken und womit den Schwierigkeiten im Vereinigungsprozess zu begegnen ist. Die komparative Methodik ist geeignet, die jeweiligen Start- und Rahmenbedingungen der Familien- bzw. Sozialpolitik zu analysieren, und sie erlaubt Rückschlüsse darauf, wie die Letzteren gestaltet sein müssten, um den Betroffenen (mehr) Möglichkeiten zur Führung eines Lebens ohne Armut einzuräumen.

Der vorliegende Band enthält die wichtigsten Ergebnisse eines von mir geleiteten Forschungsprojekts zum Thema „Infantilisierung der Armut? – Gesellschaftspolitische Ursachen und psychosoziale Folgen in Ost- und Westdeutschland“, das Teil des Projektverbundes „Duale Armutsforschung und Kindheit“ war und zwischen Januar 2000 und Dezember 2002 vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung im Rahmen seines Programms „Offensive zukunftsorientierte Spitzenforschung“ gefördert wurde. Dr. Michael Klundt und Matthias Belke-Zeng haben das Projekt als wissenschaftliche Mitarbeiter durchgeführt, vom Januar bis zum Juni 2001 (Schul-)Kinder in Erfurt und Köln befragt sowie die nur von kleineren (Druck-)Fehlern befreiten Buchkapitel 2, 3 und 4 verfasst, Tatjana Schwedes hat sie bei der Erhebung empirischer Daten als studentische Hilfskraft unterstützt. Die inhaltliche Gesamtverantwortung und die Schlussredaktion lagen jeweils bei mir.

Köln, im Frühjahr 2008

Christoph Butterwegge

1. Vereinigung und Globalisierung als Herausforderungen für den Sozialstaat

Nie zuvor hat sich die Sozialpolitik der Bundesrepublik ähnlich drastisch verändert wie nach 1989/90. Die deutsch-deutsche Vereinigung bildete zusammen mit der verschärften Weltmarktkonkurrenz ein Spannungsfeld für den Wohlfahrtsstaat, welcher sich auch gegenwärtig noch im Umbruch befindet.¹ Diesem liegt ein Strukturwandel nicht nur der industriellen bzw. Arbeits- sowie der überkommenen Geschlechter- und Generationsbeziehungen (Individualisierung), sondern auch des Staats- und Gesellschaftssystems der DDR (Transformationsprozess), ja der Weltwirtschaft insgesamt (Globalisierung), zugrunde. Die schwierig zu gestaltende Vereinigung stellt denn auch keineswegs das Kardinalproblem der Sozialpolitik dar, wie etwa Gerhard A. Ritter in seinem Buch „Der Preis der deutschen Einheit“ suggeriert,² verstärkt vielmehr nur die hierzulande wie beinahe überall vorhandene Tendenz zu einer US-Amerikanisierung des Sozialstaates. Diese kann als „neoliberal“ klassifiziert werden und im Falle mangelnder oder schwacher Gegenwehr zu einer fortschreitenden US-Amerikanisierung der Sozialstruktur, einer Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung sowie einer stärkeren Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich, aber auch zur Entdemokratisierung führen.³

Während der 80er-Jahre vollzog sich in der „alten“ Bundesrepublik eine soziale Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, die hauptsächlich im Gewerkschaftsbereich registriert und als „neue Armut“ etikettiert wurde.⁴ Klaus Lompe wies damals bereits auf die Tendenz zu einer „Verjüngung“ der Betroffenen hin: „War die Population der alten Armut in der Regel dadurch ge-

1 Vgl. hierzu ausführlicher: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 125ff.

2 Vgl. Gerhard A. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates*, 2. Aufl. München 2007

3 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, 2. Aufl. Wiesbaden 2008; dies. (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden 2008

4 Siehe Werner Balsen u.a., *Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung*, Köln 1984

kennzeichnet, daß sie arbeitsunfähig, krank und/oder alt war, so ist die der *neuen* Armut heute vor allem arbeitsfähig, arbeitslos und zum großen Teil jung.“⁵ Man müsse nur die vorhandenen Statistiken auswerten, meinte der Armutsforscher, um deutlich erkennen zu können, „daß immer mehr Kinder in von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug betroffenen Familien aufwachsen.“⁶

Seit von einer „Infantilisierung der Armut“ die Rede ist,⁷ weiß man, dass Kinder und Jugendliche zu den Hauptbetroffenen dieser Entwicklung gehören. Auch das als „Hartz IV“ bezeichnete, am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Gesetzespaket traf vor allem Langzeitarbeitslose und ihre Familienangehörigen, Frauen und Mütter, Minderjährige und Migrant(inn)en.⁸ Sieht man von der zuletzt genannten Gruppe ab, leben die meisten Betroffenen – relativ gesehen – in Ostdeutschland.

1.1 Die deutsche Wiedervereinigung

Fragt man nach den Ursachen sozialer Probleme und von (Kinder-)Armut im vereinten Deutschland, stößt man auf unterschiedliche Ausgangsbedingungen der BRD und der DDR, welche sich bis zum Zweiten Weltkrieg zurückverfolgen lassen. Umstritten ist, ob und ggf. in welchem Maße die (Art der) Vereinigung beider Staaten zu einer Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse beigetragen hat. Daher muss überprüft werden, wie der Vereinigungsprozess verlaufen ist und welche Alternativen bestanden. Schließlich geht es um die Rolle der Sozialpolitik und die Frage, ob sich der Wohlfahrtsstaat im Zuge des Vereinigungsprozesses bewährt hat oder aufgrund seiner Strukturdefekte bei dem Versuch, gleiche Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland, aber auch optimale Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder herzustellen, gescheitert ist.

5 Klaus Lompe, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg 1987, S. 2 (Hervorh. im Original)

6 Siehe ebd., S. 4

7 Siehe Richard Hauser, Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Diether Döring/Richard Hauser (Hrsg.), Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Armutsproblems, Frankfurt am Main/New York 1989, S. 126

8 Vgl. hierzu: Christoph Butterwege/Carolin Reißlandt, Armut, Ausgrenzung und Abschiebung per Gesetz? – Die Folgen der so genannten Hartz-Gesetze für Migrantinnen und Migrantinnen, in: Migration und Soziale Arbeit 1/2005, S. 3ff.; dies., Hartz und Migration, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2005, S. 90ff.; Carolin Reißlandt/Christoph Butterwege, Reformen als Armutsrisiken? – Konsequenzen der Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik für Migrant(inn)en und ihre Familien, in: Interkulturell und Global 1-2/2006, S. 56ff.

1.1.1 Ökonomische, politische und soziale Ausgangsbedingungen

Wenn man die Nachkriegssituation betrachtet, fällt eine gegensätzliche Weichenstellung der Politik für Kinder in Ost- und Westdeutschland auf. blieb das konservative Frauen- bzw. Familienbild auf dem Gebiet der späteren BRD nach der Niederlage des NS-Regimes ungebrochen und die Hausfrauen-ehe ein Orientierungspunkt der Regierungspolitik, so schlug die SED seit ihrem Gründungsparteitag im April 1946 einen neuen Weg ein. Öffentliche und betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen schufen institutionelle Möglichkeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie. „Die SED orientierte sich (...) am Leitbild der erwerbstätigen Ehefrau und Mutter, die mit Hilfe von ‚Sonderrechten‘ in die Lage versetzt werden sollte, berufliche und familiäre Pflichten in Einklang zu bringen.“⁹ Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen der Frauen- und Familienpolitik, aber auch in der (sozial-) politischen Kultur beider deutscher Staaten. „Während in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre die ‚Mütterideologie‘ hoch im Kurs stand, dominierte in der DDR das Werben um die Arbeitskraft der weiblichen Bevölkerung.“¹⁰

Um die spezifischen Erscheinungsformen und Ausprägungen der heutigen (Kinder-)Armut in Ostdeutschland verstehen zu können, muss man die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und wohlfahrtskulturellen Traditionen, aber auch die Familien- und Sozialpolitik der SBZ/DDR in Rechnung stellen. Letztere war stärker als jene der BRD darauf ausgerichtet, Frauen und Mütter frühzeitig in den Arbeitsprozess zu (re)integrieren, was der SED-Programmatik (Emanzipation der Frau) genauso entsprach wie den ökonomischen Notwendigkeiten (aufgrund der Abwanderung nach Westdeutschland fehlten der DDR-Volkswirtschaft massenhaft Arbeitskräfte). „Daher wurde in der DDR das Ziel der Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit nur im Sinne *gleichzeitiger* Vereinbarkeit verfolgt.“¹¹ Zwar kann man hierin eine Beschränkung der individuellen Wahlmöglichkeiten und der Selbstbestimmung von Frauen bzw. (Ehe-)Paaren sehen, ein ausgesprochen positives Resultat dieser Politik war indes die gute Versorgung mit Krippen-, KiTa- und Hortplätzen.¹² Selbst wenn die Einrichtung von Kinderkrippen

9 Udo Wengst, Gesamtbetrachtung, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 2/1: 1945-1949. Die Zeit der Besatzungszonen. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten, Baden-Baden 2001, S. 983f.

10 Gisela Helwig, Familienpolitik, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949-1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2004, S. 510

11 Heinz Lampert, Familienpolitik in Deutschland. Ein Beitrag zu einer familienpolitischen Konzeption im vereinten Deutschland, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), Sozialpolitik im vereinten Deutschland, Bd. 1, Berlin 1991, S. 117 (Hervorh. im Original)

12 Vgl. ebd., S. 129

„rein ökonomische Gründe“ im Rahmen einer aus akutem Arbeitskräftemangel nötigen „Förderung der Erwerbstätigkeit möglichst vieler Mütter“ hatte, wie Gisela Helwig ausführte,¹³ trug sie eben doch dazu bei, dass DDR-Frauen durch die Geburt eines Kindes weder daran gehindert wurden, ihre berufliche Karriere (ohne Unterbrechung) fortzusetzen, noch während der Kindererziehungszeit im selben Maß wie ihre westdeutschen und Westberliner Geschlechtsgenossinnen auf die finanzielle Unterstützung von (Ehe-)Mann oder Staat angewiesen waren.

Das die DDR-Sozialpolitik von Beginn an dominierende Leitbild der Vereinbarkeit von Familie und Beruf war gerade aus heutiger Sicht sehr modern. Auch im Gesundheitswesen beschrift die SED durch den Aufbau von Polikliniken und Ambulatorien, die nach dem Dispensaire-Prinzip arbeiteten, einen anderen Weg: „Damit waren auf zentralen Feldern der Sozialpolitik Regelungen in Kraft gesetzt worden, die in der SBZ in den Grundzügen ein System sozialer Sicherung etablierten, das von der deutschen Sozialversicherungstradition deutlich abwich.“¹⁴ Wenn man so will, brach die einheitliche DDR-Sozialversicherung mit den Organisationsprinzipien, wie sie das halbabsolutistische Kaiserreich begründet hatte. Philip Manow-Borgwardt spricht in diesem Kontext von einem „Modernisierungsschub“, der die DDR-Sozialpolitik erfasst habe: „Er beseitigte die altständisch-zünftischen Relikte der Bismarckschen Sozialversicherung zugunsten einer institutionellen Vereinheitlichung und Universalisierung der Leistungen.“¹⁵ Trotzdem sei das Modell der Einheitsversicherung, welches die Existenz von ergänzenden und Sonderversicherungssystemen (für besonders privilegierte Gruppen) nicht ausschloss, in der DDR gescheitert.

Aufschlussreich ist, wie positiv bundesdeutsche Beobachter/innen das DDR-Modell noch während der 70er-Jahre sahen. Beispielsweise heißt es in einem Vergleich der Sozialversicherung hüben und drüben, den die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung publizierte, beide Seiten hätten auf einzelnen Gebieten „hervorragende Leistungen“ erzielt, während sie auf anderen Gebieten Rückstände und Fehlentwicklungen verzeichneten: „Der allgemeine Lebensstandard der Versicherten in der Bundesrepublik ist in den verschiedensten Lebenslagen – besonders im Rentenfall, aber auch zum Teil bei Krankheit – besser als in der DDR. In der DDR hingegen sind durch die Mindestrente Benachteiligungen bestimmter Gruppen, besonders der berufstätigen Frauen,

13 Siehe Gisela Helwig, Familienpolitik, a.a.O., S. 510. Erstaunlicherweise wird diese Kritik an der DDR-Familienpolitik praktisch nie auf entsprechende Motive der Schaffung von Kinderbetreuungskapazitäten im Westen übertragen, was sich wohl nur mit politisch-ideologischen Scheuklappen gegenüber dem „eigenen“ Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erklären lässt.

14 Udo Wengst, Gesamtbetrachtung, a.a.O., S. 983

15 Philip Manow-Borgwardt, Die Sozialversicherung in der DDR und der BRD, 1945-1990. Über die Fortschrittlichkeit rückschrittlicher Institutionen, in: Politische Vierteljahresschrift 1/1994, S. 55f.

weitgehend ausgeglichen. Einzelleistungen besonders in der gesundheitlichen Vor- und Fürsorge sowie im Unfallschutz sind in der DDR besser als in der Bundesrepublik, umgekehrt werden in der Bundesrepublik auf verschiedenen Gebieten bessere Leistungen gewährt als in der DDR.“¹⁶

Alle werktätigen Mütter, die keinen Krippenplatz für ihr Kleinkind erhielten, konnten sich zwecks häuslicher Kindererziehung bis zur Vollendung von dessen 3. Lebensjahr freistellen lassen. Während dieser Zeit bekamen Alleinerziehende die sog. Mütterunterstützung. Kindergärten wurden fast immer ganztägig und überwiegend von den Kommunen, aber auch von Großbetrieben unterhalten, die (für Schichtarbeiterinnen) sogar Tages- und Nachtkindergärten einrichteten. Auch wenn Klagen über das Fehlen qualifizierten Personals und den „miserablen“ Zustand von Betreuungseinrichtungen an der Tagesordnung waren,¹⁷ ging deren Ausbau zügig voran. Bei den Kinderkrippen, in die Säuglinge ab der 10. Lebenswoche aufgenommen wurden, stieg der Versorgungsgrad von ca. 1,3 Prozent (1950) auf über 80 Prozent (1989),¹⁸ was der DDR im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz bescherte.

Da die Sozialpolitik der DDR stark auf junge Frauen bzw. im Sinne einer aktiven Bevölkerungspolitik auf die Förderung ihrer Gebärfreudigkeit konzentriert war, gab es Arbeitszeitverkürzungen für Mütter, Geburtsbeihilfen und zinslose Ehestandsdarlehen für Paare, die sie „abkindern“ konnten.¹⁹ Auch die Kinder befanden sich zu DDR-Zeiten, bedingt z.B. durch weniger prekäre Arbeits(markt)verhältnisse, eine sehr viel höhere Frauenerwerbsquote und wirksamere Maßnahmen des Familienlastenausgleichs, oft in einer sozial günstigeren Position als ihre westlichen Altersgenoss(inn)en, wenngleich mit steigender Kinderzahl ebenso finanzielle Einbußen verbunden waren wie in der BRD.²⁰

BRD- und DDR-Sozialpolitik wirkten im Rahmen der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus wechselseitig aufeinander zurück. „Viele wegweisende Sozialreformen der 50er und 60er Jahre, die in ihrer Summe den Gehalt der Sozialstaatlichkeit der alten Bundesrepublik ausmachen, wurden stets *auch* mit Blick auf den östlichen Teil Deutschlands durchgeführt. Die Existenz eines anderen Gesellschaftssystems zwang die Bundesrepublik, ein sozialeres Profil auszubilden, als dies vermutlich ohne diese

16 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Die Sozialversicherung in beiden deutschen Staaten (Die DDR: Realitäten – Argumente), Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 43

17 Siehe Gisela Helwig, Familienpolitik, a.a.O., S. 511

18 Vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S. 49

19 Vgl. Dietrich Staritz, Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1996, S. 282

20 Vgl. Richard Hauser, Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung. Probleme eines empirischen Vergleichs und der Abschätzung von Entwicklungstendenzen, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), Sozialpolitik im vereinten Deutschland, Bd. 2, Berlin 1992, S. 52

Konstellation der Fall gewesen wäre.²¹ Hier denkt man sofort an die Große Rentenreform 1957 und das *Bundessozialhilfegesetz* (BSHG) 1961, aber auch die damaligen Steigerungen der Reallöhne und des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten müssen in diesem Zusammenhang betrachtet werden.

Dagegen ließ der DDR-Lebensstandard, verglichen mit demjenigen hoch entwickelter Industriestaaten des Westens, vor allem während der 80er-Jahre immer stärker zu wünschen übrig, weil die dortige Volkswirtschaft nach heutiger Einschätzung am Rande des Ruins stand.²² Trotzdem führte die Regierung ihre ehrgeizigen sozial-, wohnungsbau- und familienpolitischen Pläne fort, erhöhte die Transferleistungen wie das Kindergeld und verbesserte auch die großzügigen Freistellungsregelungen. Gleichzeitig schnitt man die Leistungsangebote des Staates noch mehr auf Frauen und (werdende) Mütter zu. „Einwände, daß die den Frauen zugestandenen Sondervorteile zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Haushalt und Mutterschaft tradierte Verhaltensweisen und Rollenbilder von Mann und Frau tendenziell verfestigten, wurden mit wenig überzeugenden Argumenten zurückgewiesen.“²³

Obwohl der Einkauf in Exquisit- und Delikatläden, dem Genex-Versandhandel und Intershops den Besitzern westlicher Devisen vorbehalten blieb, war die Kluft zwischen Arm und Reich erheblich weniger tief als in der Bundesrepublik. Die sozialistische Arbeitspflicht, Vollbeschäftigung und ein Programm zur Befriedigung aller Grundbedürfnisse ließen die Armut aus dem öffentlichen Blickfeld verschwinden. Wo immer die zumindest latent vorhandene Armut nicht zu verheimlichen war, wurde sie zu „Asozialität“, einem Charaktermerkmal oder persönlichem Versagen umgedeutet.²⁴

Die DDR-Gesellschaft war durch mehr Egalität auf einem niedrigeren Niveau als ihr westdeutscher Nachbarstaat gekennzeichnet. Trotz mancher Privilegien für die Nomenklatura, also Spitzenkader des Partei- und Staatsapparates, sowie deren Angehörige und enge Mitarbeiter/innen war die Ungleichheit der Einkommen bis zuletzt ausgesprochen gering. Richard Hauser weist in diesem Zusammenhang darauf hin, „daß in der DDR andere Arbeitsmarktverhältnisse, höhere Frauenerwerbsquoten und Familienlastenausgleichsmaßnahmen zu einer günstigeren Situation der Familien mit Kindern

21 Diether Döring, *Soziale Sicherheit im Alter? – Rentenversicherung auf dem Prüfstand*, Berlin 1997, S. 30 (Hervorh. im Original)

22 Vgl. Ulrich Mählert, *Kleine Geschichte der DDR*, 3. Aufl. München 2001, S. 134; ergänzend: Eberhard Kuhr/Hannsjörg Buck/Gunter Holzweissig (Hrsg.), *Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren*, Opladen 1996

23 Johannes Frerich/Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Aufl. München/Wien 1996, S. 421

24 Vgl. hierzu: Matthias Zeng, „Asoziale“ in der DDR. Transformation einer moralischen Kategorie, Münster/Hamburg/London 2000

geführt hatten als in der Bundesrepublik.²⁵ Deshalb wäre es grundfalsch, die Sozialpolitik der DDR in Bausch und Bogen zu verdammen, auch wenn ältere Menschen (vor allem gegenüber Familien mit Kindern) systematisch benachteiligt wurden, die (nicht dynamisierte) Mindestrente kaum über der Armutsgrenze lag und die Wohnverhältnisse in den zum Teil zerfallenden Altstädten katastrophal zu nennen waren: „Ziele wie die ‚Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem‘ oder die ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ mögen stümperhaft angegangen worden sein, aber sie waren nichtsdestoweniger ernst gemeint und mehr als propagandistischer Nebel.“²⁶

Claus Offe erklärt die „bemerkenswerte innere Stabilität der DDR“ und die immerhin 40 Jahre lang währende Loyalität ihrer Bürger/innen mit dem hohen Stellenwert, den die soziale Gerechtigkeit in seiner Meinung nach paternalistischen SED-Regime genoss: „Es war ein Verteilungs- und soziales Sicherungssystem, in dem (unterhalb der Führungsebene von Partei und Staat) der einzelne nicht viel gewinnen konnte, dafür aber (oberhalb der Grenze manifester Zusammenstöße mit der Staatsgewalt wegen ‚feindlicher‘ Einstellungen und Aktivitäten) auch nicht in der Gefahr stand, viel zu verlieren.“²⁷

Man braucht die Strukturdefekte, Leistungsdefizite und Fehlentwicklungen der DDR gar nicht zu ignorieren oder zu leugnen, um im Rückblick bilanzieren zu können, „daß eine ganze Reihe sozial-, arbeits- und familienrechtlicher Regelungen günstiger waren als in der alten Bundesrepublik. Auch entsprachen manche organisatorischen Strukturen in der dortigen Sozialversicherung sowie im Gesundheits- und Sozialwesen langjährigen sozialpolitischen Reformforderungen, wie sie vor allem von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in der alten Bundesrepublik formuliert worden sind.“²⁸

Charakteristisch für die Sozialpolitik der SED-Führung waren ihre ökonomistisch-funktionalistische Produktions- bzw. Produktivitätsorientierung (primär gefördert wurden Fabrikarbeiter, Familien, erwerbstätige Frauen und Kinder) sowie die Heruntersubventionierung der Preise entsprechender Konsumgüter oder Dienstleistungen (etwa von Grundnahrungsmitteln und Kinderbekleidung) als „objektbezogene“ Methode. Die zum Teil wenig zielge-

25 Siehe Richard Hauser, Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung, a.a.O.

26 Manfred Lötsch, Systemtransformation und soziale Strukturbrüche in der (ehemaligen) DDR, in: Winfried Schmähl (Hrsg.), Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 20

27 Claus Offe, Die deutsche Vereinigung als „natürliches Experiment“, in: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hrsg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991

28 Gerhard Bäcker, Sozialpolitik im vereinigten Deutschland. Probleme und Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 3-4/1991, S. 10

naue, eher breit streuende Subventionspolitik konnte das Auftreten *relativer* Armut nicht dauerhaft verhindern: „Sie sicherte jedoch eine Existenz unter annehmbaren Bedingungen, d.h. jenseits von Hunger, Obdachlosigkeit, Ausschluß aus dem gesellschaftlichen Leben.“²⁹ Stephan Leibfried u.a. betonen, dass der „autoritäre Versorgungsstaat“ DDR ein Janusgesicht hatte: „Er bot Sicherheit, aber um den Preis eines dichtgeknüpften Netzes sozialer Kontrolle. Der Staat förderte nicht lediglich Berufsarbeit, er forderte sie auch und verlieh dem sozialpolitisch Nachdruck.“³⁰

1.1.2 Ostdeutschland nach der DDR-„Wende“ im Oktober/November 1989

Wochenlang trugen die im Herbst 1989 veranstalteten, von Vertretern der Kirche und oppositionellen Gruppen unterstützten Montagsdemonstrationen dazu bei, den Protest gegen das marode SED-Regime symbolträchtig zu bündeln und mittels der eingängigen Parole „Wir sind das Volk!“ massenwirksam zu artikulieren. Als die Berliner Mauer am 9. November 1989 völlig überraschend für DDR-Bürger/innen geöffnet wurde, war das Ende des „deutschen Arbeiter- und Bauernstaates“ im Grunde besiegelt. Nunmehr bestimmte praktisch nur noch die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung das weitere Geschehen. Sie setzte auf eine schnelle Vereinigung von BRD und DDR, die durch Eingliederung Letzterer mit Zustimmung der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer erfolgen sollte.

Als der 2 Monate später geschlossene *Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion* am 1. Juli 1990 in Kraft trat, avancierte der hierzulande als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnete Kapitalismus zum künftigen Gesellschaftssystem beider deutscher Staaten. Anschließend wurde die Arbeits- und Sozialordnung der DDR nach bundesrepublikanischem Recht umgestaltet sowie ein gesamtdeutsches System sozialer Sicherung geschaffen, das auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhen sollte. Der zwischen DDR und BRD geschlossene *Einigungsvertrag* ermöglichte zum 3. Oktober 1990 die Eingliederung der ostdeutschen Länder in die Bundesrepublik. Seither stellt die Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen nicht bloß eine der größten Herausforderungen an die Machteliten in Staat, Wirtschaft und Ge-

29 Günter Manz, Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Mit einem Vorwort von Wolfgang Voges, Augsburg 1992, S. 22

30 Stephan Leibfried u.a., Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt am Main 1995, S. 242

sellschaft, sondern auch einen ständigen Konfliktherd im Verhältnis von Ost- und Westdeutschen dar.³¹

1.1.2.1 Enttäuschung der Hoffnungen auf ein „zweites Wirtschaftswunder“

Was Jürgen Habermas in der anfänglichen „Wende“-Euphorie eine „nachholende Revolution“ nannte,³² führte im Osten zu einer Restauration kapitalistischer Eigentumsverhältnisse nach westlichem Muster. Die staatlich organisierte, durch Rückgabe enteigneten Privateigentums und zahlreiche Steuergeschenke an meist *westdeutsche* und ausländische Investoren flankierte Rekonstruktion der ostdeutschen Wirtschaft nach Marktgesetzen glich einer ursprünglichen Akkumulation. Es gab eine Art „neues Gründerfieber“, das aber nicht nachhaltig wirkte, sondern ziemlich rasch verpuffte, weil dubiose Geschäftemacher, skrupellose Betrüger und zum Teil wie Kolonialherren auftretende Glücksritter das Vertrauen der Ostdeutschen in die westliche Wirtschaftsordnung zerstörten.

Aufgrund einschlägiger Werbebotschaften im Westfernsehen und gleichlautender Wahlversprechen führender Politiker der CDU/CSU/FDP-Koalition erwarteten die meisten DDR-Bürger/innen von der „Wende“, der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bzw. der Wiedervereinigung in erster Linie wachsenden Wohlstand für alle. Die „Soziale Marktwirtschaft“ werde, meinte man allenthalben, nicht nur die langersehnte D-Mark bringen, ein „zweites Wirtschaftswunder“ schaffen und für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Konsumgütern sorgen, sondern auch die „sozialen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates“ (Recht auf Arbeit und Wohnung) weitgehend unangetastet lassen. Dass der moderne Kapitalismus privaten Reichtum für wenige Privilegierte auf dem Rücken anderer Gesellschaftsschichten und/oder Völker (der sog. Dritten Welt) schafft, wurde hingegen ignoriert.

Ostdeutschland wurde zum Hauptexperimentierfeld für die neoliberale Reformkonzeption der Bundesregierung, wobei die Treuhandanstalt als Pionierinstitution fungierte: „Die Politik der Treuhandanstalt brach alle Dämme, entfesselte in Deutschland einen regelrechten Privatisierungsboom.“³³ An dem *Treuhandgesetz*, das die Anstalt 1990 zur Eigentümerin des DDR-Produktivvermögens machte, vorbei kam laut Werner Rügemer „eine nicht genannte und vielen unbekannte Akteursgruppe“ an die Schalthebel der weltgrößten Industrieholding: „Vertreter von McKinsey und Roland Berger sowie

31 Vgl. Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, Mit einem Beitrag von Thomas Meyer, 4. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 76

32 Siehe Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution*, Frankfurt am Main 1990

33 Rüdiger Liedtke, *Wir privatisieren uns zu Tode. Wie uns der Staat an die Wirtschaft verkauft*, Frankfurt am Main 2007, S. 59

der Wirtschaftsprüfer KPMG und Price Waterhouse Coopers bildeten den Leitungsausschuss. Sie zogen die großen Projekte an sich, schalteten den Wettbewerb aus und bedienten ihre langjährigen Mandanten.³⁴ Für den Kölner Publizisten zeigt die Tatsache, dass 300 Mitarbeiter/innen westdeutscher Konzerne und Banken als „Leihmanager“ zur Treuhandanstalt gingen, aber Beschäftigte ihrer Unternehmen blieben, „dass keineswegs eine von staatlichen Einflüssen freie Marktwirtschaft etabliert, sondern die Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft noch direkter ausgestaltet wurde.“³⁵

Mit verengtem betriebswirtschaftlichem Blick hofierten die Treuhandanstalt und als deren Nachfolgerin die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) westliche Großinvestoren, denen sie (Teile der) DDR-Kombinate zu Spottpreisen überließen, ohne sich um die arbeitsmarkt-, regional-, struktur- oder umweltpolitischen Auswirkungen ihrer Entscheidungen zu kümmern: „Was ökonomisch zusammengehörte, wurde vielerorts auseinandergerissen, die ‚Filetstücke‘ wurden verramscht, während die Restteile nicht mehr überlebensfähig waren.“³⁶ Privatisierung hatte für die Treuhand absoluten Vorrang gegenüber der Sanierung, was den Verwertungsinteressen nach neuen Anlagemöglichkeiten suchender Kapitaleigner ebenso entsprach wie dem neoliberalen Zeitgeist und der Aufbruchstimmung dieser Tage. Oftmals ging das Volks- bzw. Staatseigentum für einen symbolischen Preis an „Wessis“ oder ausländische Konzerne, zum Teil wurde es sogar regelrecht verschleudert. „Es gab offenbar keinerlei Regeln, wie hoch versteckte Subventionen der verschiedensten Art sein durften, wie mit ostdeutschen Produktionskapazitäten umzugehen war, die gesamtdeutsch als Überkapazitäten der jeweiligen Branche anzusehen sind; in einzelnen Fällen wurde ohne Rücksicht auf regionale Folgeprobleme stillgelegt, in anderen Fällen massiv subventioniert.“³⁷ Angesichts der Tatsache, dass etwa 85 Prozent des vormaligen DDR-Produktivvermögens an westdeutsche Unternehmen gingen, spricht man in diesem Kontext zu Recht von einer „zweiten Enteignung der Ostdeutschen“, die tiefe Wunden hinterließ.³⁸

Edelbert Richter führt das Fortbestehen des Ost-West-Gegensatzes und die sich daran knüpfenden Ressentiments von „Besserwessis“ und „Jammerosis“ auf die eklatanten Vermögensunterschiede zwischen den Bewohner(in-

34 Werner Rügemer, Privatisierung als Kernelement der neoliberalen Gegenreform, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hrsg.), Neoliberalismus, a.a.O., S. 268

35 Siehe ebd.

36 Kay Wendel, Die Treuhandanstalt und die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, in: Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.), Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, 3. Aufl. Münster 1996, S. 148

37 Jan Priewe, Die Folgen der schnellen Privatisierung der Treuhandanstalt. Eine vorläufige Schlussbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43-44/1994, S. 29

38 Siehe Rüdiger Liedtke (Hrsg.), Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993

ne) in der alten und der neuen Bundesländer, vor allem im Hinblick auf das Produktivvermögen, zurück: „Die Ostdeutschen haben nicht nur zu einem doppelt so hohen Teil wie die Westdeutschen keine Arbeit, sie verfügen auch über weit weniger Geldvermögen (28%), weit weniger Grund- und Wohneigentum (unter 35%) und über extrem wenig Produktiveigentum (knapp 14%).“³⁹ Anschließend erinnert Richter daran, dass Arbeit und Eigentum nach (neo)liberaler Lesart die wirtschaftliche Grundlage bilden, um frei und menschenwürdig leben zu können: „Die Paradoxie der Vereinigung ist, dass die Ostdeutschen in Demokratie und Soziale Marktwirtschaft *integriert* wurden, indem sie zugleich von deren wesentlichen Bedingungen, eben Arbeit und Eigentum, weitgehend ausgeschlossen wurden.“⁴⁰ Dementsprechend harsch fiel das Urteil der meisten Ostdeutschen über die gesellschaftlichen Zustände nach der Vereinigung aus: „Solange die SED-Propaganda das Klischee von der kalten, kapitalistischen Profitgesellschaft verbreitet hatte, glaubte fast niemand daran; als diese Phraseologie verstummte, fast alle.“⁴¹

Die schnelle DM-Einführung trug zum Kollaps der DDR-Industrie, die aufgrund wissenschaftlich-technischer Rückständigkeit ohnehin kaum konkurrenzfähig war und nach der Währungsumstellung schlagartig ihre Märkte in Ost(mittel)europa verlor, maßgeblich bei. Ostdeutschland wurde zur Transfergesellschaft, die „am Tropf“ westdeutscher Finanziers hing.⁴² Von den Transfers wurde ein Löwenanteil für Soziales ausgegeben, was die Armut in den neuen Bundesländern zunächst milderte. Felix Büchel, Joachim Frick und Peter Krause errechneten, dass die Armutsquote in Ostdeutschland 1996 ohne westliche Transferleistungen doppelt so hoch gewesen wäre.⁴³ Man spricht von Ostdeutschland auch als einer „Dependenzökonomie“, weil sich die Schlüsselsektoren der Wirtschaft, die Finanzzentren und die Großkonzerne bzw. deren Zentralen in Westdeutschland befanden. Die wenigen Ausnahmen, wo z.B. Automobilkonzerne – meist nur durch Zahlung von Subventionen in Millionenhöhe – veranlasst wurden, hochmoderne Produktionsstätten bzw. Montagefabriken für ihre (Personen-)Kraftwagen im Osten zu errichten (Opel in Eisenach, VW in Mosel, Chemnitz und Dresden sowie BMW und Porsche in Leipzig), bestätigten nur die Regel.

39 Edelbert Richter, *Aus ostdeutscher Sicht. Wider den neoliberalen Zeitgeist*, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 8

40 Ebd., S. 9 (Hervorh. im Original)

41 Karl-Siegbert Rehberg, *Ost – West*, in: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hrsg.), *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft*, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 210

42 Siehe Ulrich Busch, *Am Tropf – die ostdeutsche Transfergesellschaft*, Berlin 2002

43 Vgl. Felix Büchel/Joachim Frick/Peter Krause, *Arbeitslosigkeit, öffentliche Transferzahlungen und Armut. Eine Mikro-Simulation für West- und Ostdeutschland*, in: Felix Büchel/Martin Diewald/Peter Krause (Hrsg.), *Zwischen drinnen und draußen. Arbeitsmarktchancen und soziale Ausgrenzungen in Deutschland*, Opladen 2000, S. 174

Für das Ausbleiben des „Aufschwungs Ost“ und der „blühenden Landschaften“, die laut Helmut Kohl schon bald nach der Vereinigung in den neuen Bundesländern entstehen sollten, macht Richter die Wirtschafts- und Finanzpolitik der damaligen CDU/CSU/FDP-Koalition verantwortlich: „Die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik bedeutete trotz aller Vorteile, die sie den neuen Bundesländern brachte, dass Ostdeutschland nun über kein eigenes politisches Zentrum mehr verfügte, von dem aus der Aufbau der Marktwirtschaft hätte gesteuert werden können, ja dass es im Grunde keine wirklich auf die ostdeutsche Situation zugeschnittene Wirtschaftspolitik gab.“⁴⁴ Mittels des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ sei den Interessen der Alteigentümer mehr als nötig Rechnung getragen, dabei die Stagnation der ökonomischen Entwicklung aber billigend in Kauf genommen worden.

Aufgrund der Deindustrialisierung bzw. des Verzichts auf eine dieser massiv entgegenwirkende Strukturpolitik war das im Grundgesetz festgelegte Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse (in Ost- und Westdeutschland) unerreichbar. In den frühen 90er-Jahren verkamen die ostdeutschen Bundesländer zu einer Region der verlängerten Werkbänke, haben ihre Betriebsstätten doch weder eigene Forschungs- und Entwicklungs- noch Verkaufs-, Beschaffungs- und Akquisitionsabteilungen, wie Werner Rügemer bemängelt: „Damit fehlen ihnen die Grundvoraussetzungen unternehmerischer Selbstständigkeit. Somit wurde nicht die Marktwirtschaft etabliert, vielmehr eine Sonderwirtschaftszone für *global players* subventioniert. Die Arbeitslosigkeit ist erheblich höher, die Löhne und Gehälter stagnieren auf noch niedrigerem Niveau als in Westdeutschland.“⁴⁵

Rainer Geißler zufolge gab es seit der Vereinigung zwar eine Annäherung, aber keine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland.⁴⁶ Heute scheint der quer (geografisch korrekter müsste es heißen: längs) durch die Bundesrepublik verlaufende Riss eher tiefer geworden zu sein. Nach einer kurzen wirtschaftlichen Aufholjagd, die Mitte der 90er-Jahre ein abruptes Ende fand, verschärfen sich die regionalen Disparitäten wieder. Ostdeutschland schien sich bereits einigermaßen konsolidiert zu haben, als die Wachstumsraten der dortigen Wirtschaft erneut hinter jenen der westdeutschen zurück blieben. Die unternehmerischen Ausrüstungsinvestitionen und die Arbeitsproduktivität nahmen seit 1996/97 weniger stark zu, während die bis dahin gesunkenen Lohnstückkosten stiegen. Gleichzeitig wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik zurückgefahren, um den durch die Kreditfinanzierung von Transferleistungen belasteten Staatshaushalt zu konsoli-

44 Edelbert Richter, Eine zweite Chance? – Die SPD unter dem Druck der „Globalisierung“, Hamburg 2002, S. 102

45 Werner Rügemer, Privatisierung als Kernelement der neoliberalen Gegenreform, a.a.O., S. 269 (Hervorh. im Original)

46 Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, a.a.O., S. 76ff.

dieren und die „Lohnnebenkosten“ der Unternehmen (Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung) zu senken. Der 1998 ins Amt gelangte Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte den „Aufbau Ost“ zwar zur „Chefsache“, die rot-grüne Regierungskoalition war unter seiner Führung aber auch nicht erfolgreicher als ihre schwarz-gelbe Vorgängerin. Vielmehr hat sich an der misslichen Lage wenig geändert und die Bundesregierung ihr Ziel verfehlt: „Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West stagniert nicht nur; die Kluft ist in den letzten Jahren sogar größer geworden. Deshalb verharrt auch die Arbeitslosigkeit trotz der prekären Abwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte auf einem mehr als doppelt so hohen Niveau wie in den alten Bundesländern.“⁴⁷

Wolfgang Thierse warnte kurz nach der Jahrtausendwende mit einer drastischen Formulierung vor einem Fiasko. Ostdeutschland stehe „auf der Kippe“, meinte der damalige Bundestagspräsident, womit er das Scheitern der Vereinigung im Hinblick auf die enormen ökonomischen und sozialen Probleme der eigentlich gar nicht mehr neuen Länder für keineswegs unwahrscheinlich erklärte.⁴⁸ Einige Monate später spitzte Michael Naumann diese Diagnose weiter zu, als er feststellte: „Der Osten steht nicht mehr ‚auf der Kippe‘, in einigen Regionen fällt er bereits.“⁴⁹ Mit einem Aktionsprogramm und einer großen Kraftanstrengung sollte es dem Osten nach Thiereses Meinung ermöglicht werden, Anschluss an die Wirtschaftsentwicklung des Westens zu finden. Erfolge im Kampf gegen die Armut in Ostdeutschland versprechende Maßnahmen fielen jedoch einem Denken zum Opfer, das soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit als gravierende Wettbewerbsnachteile der „eigenen“ Volkswirtschaft im Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten betrachtete.⁵⁰

1.1.2.2 Vom Staatssozialismus zum Sozialstaat: Folgen des Institutionentransfers für die ehemaligen DDR-Bürger/innen

Mit dem Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft war eine Veränderung der bisherigen Sozialstruktur und der (sozial)politischen Kultur im „Beitrittsgebiet“ verbunden, das wegen seiner Eingliederung in die wohlhabende

47 Edelbert Richter, Eine zweite Chance?, a.a.O., S. 118

48 Siehe Wolfgang Thierse, Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, in: Die Zeit v. 3.1.2001; vgl. ergänzend dazu: Rudolf Hickel, Der Osten auf der Kippe. Widersprüche der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2001, S. 124ff.

49 Michael Naumann, Erstarrt in alle Ewigkeit. Das „Modell Deutschland“ ist veraltet. Reformen in Zeitlupe können die Fehler der Vergangenheit nicht mehr korrigieren, in: Die Zeit v. 13.12.2001

50 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik, in: ders./Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, a.a.O., S. 143ff.

Bundesrepublik scheinbar günstigere Rahmenbedingungen für den Transformationsprozess als seine osteuropäischen Nachbarn hatte. „Transformation“ meint einen Systemwechsel, wie ihn die DDR und andere RGW-Staaten in Ost- bzw. Mitteleuropa nach 1989/90 durchmachten. Gabriele Metzler hält den Terminus mit Blick auf die „Vereinigung der beiden deutschen Sozialstaaten“ für besonders gut geeignet, weil er einen *gesamtgesellschaftlichen* Umbruch bezeichnet und nicht nur einzelne Aspekte dieses Prozesses betont: „Zudem signalisiert der Transformationsbegriff, daß es sich nicht um ein punktuelles Ereignis handelte, sondern um längerfristig wirksame Veränderungen, die nun, mehr als zehn Jahre nach der Vereinigung, teils immer noch kein Ende gefunden haben.“⁵¹ Da unbestimmt bleibt, wohin der Umbruch führt und wie man ihn bewertet, lehnen Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar den Terminus hingegen ab: „Mit der Übernahme des abstrakten Transformationsbegriffs folgt man dem Trend, sich jeder Interessenerforschung und Wertung soziopolitischer Prozesse zu enthalten (ein Trend, der unüberbietbar in dem inflatorisch gewordenen, inhaltslosen Prozeßbegriff der ‚Modernisierung‘ in Erscheinung tritt).“⁵²

Tatsächlich trug die doppelte Transformation – von einer sozialistischen Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft und von einer zu Unrecht mit dem Faschismus gleichgesetzten „kommunistischen Diktatur“ zur repräsentativen Demokratie – Züge einer sozialen Destruktion und einer unkritischen Adaption der westlichen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Von einer „Annexion“ oder einer „Kolonialisierung der DDR“, wie sie Kritiker beschworen,⁵³ kann gleichwohl nicht ernsthaft gesprochen werden. Die damalige CDU/CSU/FDP-Koalition nahm jedoch wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen der übergroßen Bevölkerungsmehrheit. Vereinigung wurde im Osten denn auch überwiegend als Vereinnahmung empfunden; die Entscheidungsautonomie und die Partizipation der Menschen kamen eindeutig zu kurz.

Die früheren DDR-Bürger/innen hatten binnen kürzester Zeit eine Fülle schwierigster Anpassungsprobleme zu meistern. Mit ihrem Beitritt zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG (statt einer Vereinigung nach Art. 146 GG) unterwarf sich die frühere DDR westdeutschen Politikmustern und verzichtete implizit auf eine Revision jenseits der Elbe üblicher Sozialstandards. Selbst vorbildliche Regelungen und bewährte Institutionen der DDR-Sozialpolitik wie Polikliniken, Ambulatorien, Dispensaires oder Betriebskindergärten wurden abgewickelt. Sehr rasch setzte sich das bundesrepublikanische Mo-

51 Gabriele Metzler, *Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall*, 2. Aufl. Stuttgart/München 2003, S. 192

52 Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar, *Kritische Zwischenbilanz der Vereinigungspolitik. Eine unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/1996, S. 43 (Fn. 31)

53 Siehe dies., *Was heißt hier Kolonialisierung? – Eine theoretische Vorklärung*, in: Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.), *Kolonialisierung der DDR*, a.a.O., S. 12ff.

dell niedergelassener, unternehmerisch bzw. freiberuflich tätiger Ärztinnen und Ärzte durch: „Man kann diese Entwicklung“, bemerkt Gabriele Metzler mit einem süffisanten Unterton, „wohl nicht zuletzt den starken westdeutschen Krankenkassenverbänden und ärztlichen Standesorganisationen zuschreiben.“⁵⁴

Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes 1989/90 wurde das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem trotz manch kritischer Stimme (exemplarisch genannt sei nur der damalige SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine) nahezu ohne Übergangs- bzw. Schonfristen auf den Osten übertragen. Herbert Ehrenberg, Arbeits- und Sozialminister unter Helmut Schmidt, gehörte zu den Spitzenpolitikern, die auch Reformbedarf im Westen sahen, wo man „während des letzten Jahrzehnts eine Reihe Löcher in das soziale Netz gerissen bzw. die Maschen erweitert“ habe: „Nicht alles in der DDR ist so schlecht, daß es total durch neue Regelungen ersetzt werden müßte, in Teilbereichen dürften behutsame Korrekturen genügen, in anderen sich gleichzeitig eine Neugestaltung in der Bundesrepublik empfehlen.“⁵⁵ Ehrenberg plädierte für eine Rückkehr zur Sozialpolitik der Auf- bzw. Ausbauphase des Wohlfahrtsstaates in Westdeutschland und warnte vor einer Rechtsentwicklung im Gefolge sozialer Verwerfungen, die er für den Fall voraussah, dass man seinen Rat nicht befolgen und Ostdeutschland dem freien Markt aussetzen würde: „Die Bundesrepublik braucht eine Renaissance des Sozialstaates, der zusammenwachsende neue deutsche Staat noch viel mehr. Wird der DDR eine Marktwirtschaft ohne strikte Sozialbindung übergestülpt, müssen dem ersten Überschwang große Enttäuschungen folgen. Neofaschistische Tendenzen können dann ebenso schnell Boden gewinnen wie andere radikale Positionen.“⁵⁶

Obwohl oder gerade weil die Wirtschafts- und Währungsunion überhastet realisiert wurde, blieb die gleichzeitig verkündete Sozialunion vorerst auf der Strecke. „Die Sozialleistungen sind zwar (nach den Modalitäten des Einigungsvertrages) zwischen Ost und West im Grundsatz einheitlich, aber nur hinsichtlich der Organisationsstrukturen und Leistungsprinzipien, nicht hinsichtlich ihres absoluten Leistungsniveaus.“⁵⁷ Man stülpte den neuen Bundesländern die Institutionen der alten über, begriff die Sozialpolitik aber nicht als Bindeglied beider Landesteile und als gestaltende Gesellschaftspolitik, sondern linderte damit nur die einem rigorosen Privatisierungskurs geschuldeten Härten. Sozialpolitik diente dem Ziel, die kapitalistische Marktwirtschaft in Ostdeutschland ohne den lauten Aufschrei von Massenentlassungen (potenziell) Betroffener einführen zu können. Sie wirkte als Palliativ, das die

54 Gabriele Metzler, *Der deutsche Sozialstaat*, a.a.O., S. 196

55 Herbert Ehrenberg, *Damit keiner unter die Räder kommt. Strategien für einen gesamtdeutschen Sozialstaat*, Köln 1990, S. 103

56 Ebd., S. 152

57 Gerhard Bäcker, *Sozialpolitik im vereinigten Deutschland*, a.a.O., S. 3

existenziellen Risiken und sozialen Nebenwirkungen der Vereinigung erträglich(er) machte. Detlef Grieswelle, unter Helmut Kohl in der Bundesverwaltung mit sozialpolitischen Grundsatzfragen befasst, drückte es folgendermaßen aus: „Wenn man so will, hält die Sozialpolitik den Rücken frei, den Transformationsprozeß zu vollziehen.“⁵⁸

In diesen Zusammenhang gehören Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen (ABM bzw. SAM), pauschalierte Lohnkostenzuschüsse nach § 249h AFG, Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung (FuU), unterschiedliche Formen der Kurzarbeit, die Gründung von „Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung“ (ABS) sowie das Vorruhestands- und Altersübergangsgeld.⁵⁹ Trotz des Einsatzes teilweise erst aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland entwickelter Instrumentarien und der Anwendung (zumindest vorerst) auf die neuen Bundesländer beschränkter Sonderregelungen blieb das Soziale der Ökonomie nach- bzw. untergeordnet. Ingrid Krieger und Klaus Lompe beklagten denn auch, dass die meisten Vorschläge zur Modernisierung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einer Ruhigstellung des rapide wachsenden Arbeitslosenheeres dienten, möglichst geringe Kosten verursachen sollten und die Interessen der Betroffenen praktisch aufs rein Materielle reduzierten: „Daß bei diesen mehr oder weniger aus der Arbeitsgesellschaft ausgegrenzten Gruppen nicht nur Interessen an Deckung des Bedarfs an lebenswichtigen Gütern und Diensten beeinträchtigt werden, sondern auch Interessen an aktiver Teilnahme am Wirtschaftsleben, an Selbstbestimmung des wirtschaftlichen Handelns, an Arbeitsfreude, an Freiheit der Berufswahl, an Freizügigkeit, an sozialem Aufstieg, an gesellschaftlichem Ansehen, das sich aus Erwerbsarbeit ergibt, wird völlig ignoriert.“⁶⁰

Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in nie gekanntem Umfang einerseits sowie den Auffüllbeträgen und Sozialzuschlägen in der Arbeitslosen- bzw. Rentenversicherung andererseits federte man die schlimmsten Folgen der Vereinigung vorübergehend ab. Die zum Teil günstigeren Erwerbsbiografien vor allem weiblicher DDR-Bürger sorgten gleichfalls mit dafür, dass vielen alten Menschen der Gang zum Sozialamt erspart blieb. Rentner/innen dürfen jedoch nicht pauschal als „Hauptnutznießer/innen“ des Vereinigungs-

58 Detlef Grieswelle, Sozialpolitik der Zukunft. Grundsätze sozialpolitischer Gestaltung, München/Landsberg am Lech 1996, S. 79

59 Vgl. dazu: Hubert Heinelt/Gerhard Bosch/Bernd Reissert (Hrsg.), Arbeitsmarktpolitik nach der Vereinigung, Berlin 1994; Christian Brinkmann u.a., Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern, in: Hartmut Seifert (Hrsg.), Reform der Arbeitsmarktpolitik. Herausforderung für Politik und Wirtschaft, Köln 1995, S. 59ff.

60 Ingrid Krieger/Klaus Lompe, Zur Lebenslage von Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – ein Ost-West-Vergleich. Interpretation empirischer Ergebnisse und Konsequenzen für die Instrumente des „zweiten“ Arbeitsmarktes, in: Jürgen Zerche (Hrsg.), Warten auf die Soziale Marktwirtschaft. Ausbau oder Abbau der sozialen Lage in den neuen Bundesländern?, Regensburg 1997, S. 17

prozesses bezeichnet werden. Zwar stiegen die Altersbezüge im Durchschnitt deutlich, es gab aber unter den Ruheständler(inne)n, die Staatsrenten bezogen oder Ansprüche aus den in der DDR existierenden Zusatzversorgungssystemen herleiteten, auch Kürzungen.⁶¹

Frauen und Mütter, die von der DDR-Regierung zuletzt aufgrund chronischen Arbeitskräftemangels wie auch demografischer Reproduktionsschwierigkeiten des „Arbeiter- und Bauernstaates“ hofiert worden waren, gehörten im neuen System zu den Hauptverlierer(inne)n oder mussten befürchten, es schon bald zu werden: „Hatte die DDR den Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit durch umfassende Kinderbetreuungsangebote, großzügige Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen sowie materielle Unterstützung weitestgehend ermöglicht, wurde gerade dieser Leistungskatalog nach 1990 drastisch beschnitten.“⁶² Außerdem fiel die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs viel restriktiver als erwartet aus: Obwohl die in der DDR seit 1972 geltende Fristenlösung im *Einigungsvertrag* für ostdeutsche Frauen festgeschrieben worden war, legalisierte das am 1. Oktober 1995 nach längeren politischen Auseinandersetzungen und einem Bundesverfassungsgerichtsurteil in Kraft getretene *Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz* die Abtreibung nicht, sondern ließ nur Ausnahmen bei der Strafverfolgung (§ 218a StGB) zu. Die frauenspezifischen DDR-Rentenansprüche wurden gleichfalls der Systemangleichung geopfert: „Daß es im Gegenzug zu einem Ausbau der Hinterbliebenenrente kam, deutete darauf hin, daß nunmehr die Hausfrauenehe das sozialpolitische Leitbild abgab, wovon in der DDR nicht die Rede gewesen war.“⁶³

1.1.2.3 Die soziale Ungleichheit und der Paternoster-Effekt

Der politischen Vereinigung folgten bisher weder die wirtschaftliche Emanzipation des Ostens noch die soziale Einheit. Helmut Kohls Versprechen, nach der Wiedervereinigung werde es „niemandem schlechter, aber vielen besser gehen“, hat die Bundesregierung nicht eingelöst. Statt wie in einem Fahrstuhl gemeinsam nach oben befördert zu werden, führen Ost- und Westdeutsche in unterschiedliche Richtungen. Die deutsche Teilung konnte nicht wirklich überwunden werden, weil keine echte Umverteilung stattfand – weder von West nach Ost noch von Oben nach Unten. Gerhard Bäcker und Johannes Steffen sprachen nach dem 3. Oktober 1990 mit Blick auf die sozioökonomische Verfasstheit der alten und der neuen Bundesländer von einer „Trennung ohne Stacheldraht“, die sich sogar noch zu vertiefen drohe: „In einem einheitlichen Nationalstaat finden sich zwei Gesellschaften mit einem höchst ungleichen Entwicklungsniveau und einer höchst ungleichzeitigen

61 Vgl. Günter Manz, Armut in der „DDR“-Bevölkerung, a.a.O., S. 117

62 Gabriele Metzler, Der deutsche Sozialstaat, a.a.O., S. 198

63 Ebd.

Entwicklung. Die Vereinigung Deutschlands war und bleibt keine bloße Wiedervereinigung, sondern eine komplizierte Neuvereinigung zweier sehr ungleicher Teile.⁶⁴ Die beiden Autoren konnten damals jedoch höchstens ahnen, wie der (Sozial-)Staat auf die drohenden ökonomischen Verwerfungen reagieren und welche Strategien er präferieren würde, um ihnen entgegenzuwirken.⁶⁵

In den neuen Bundesländern war ein sozialer Paternoster-Effekt wirksam: Während viele Ostdeutsche zum Teil sogar beträchtliche Einkommenszuwächse verzeichneten, ging es für andere Bewohner/innen der ehemaligen DDR nach unten. „Kurzarbeit Null“, häufige Stellenwechsel und zeitlich befristete AB-Maßnahmen wechselten einander ab; Unsicherheit über die eigene Zukunft und die Perspektiven der Familie, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, griff um sich; die Aufbruchstimmung der „Wende“-Zeit verfloß in kürzester Zeit.

Hoffnungen auf ein besseres Leben für alle, hervorragende Arbeitsbedingungen für die abhängig Beschäftigten und ein Maximum sozialer Sicherheit für deren Familien wurden bitter enttäuscht. Michael Hofmann, Olaf Grohsamberg, Carsten Keller und Berthold Vogel sprechen von einer „Zweidrittelgesellschaft neuen Typs“, die in Ostdeutschland entstand und durch eine soziale Polarisierung gekennzeichnet war: „Während es einem guten Drittel der Erwerbsbevölkerung in der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft nach der Wende gelungen ist, sich dauerhaft im neuen Beschäftigungssystem zu etablieren, befinden sich etwa zwei Drittel mehrheitlich in einer unsicheren, instabilen Erwerbsposition bzw. haben ihre Arbeit verloren.“⁶⁶ Formen prekärer Beschäftigung, die für DDR-Bürger/innen ein Fremdwort gewesen war, wurden besonders in den neuen Bundesländern zur Normalität. Lag der Niedriglohnanteil hier unmittelbar nach der Wiedervereinigung wegen der egalitäreren Einkommensverteilung zu DDR-Zeiten erheblich unter dem westdeutschen Niveau, wurde dieses gegen Mitte der 90er-Jahre erreicht und seit 1997 unter dem Druck der sehr viel höheren Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland deutlich überschritten.⁶⁷

Michael Vester konstatiert eine starke Ausdifferenzierung der Erwerbs- und Einkommensstruktur, die er als „Potenzierung sozialer Ungleichheiten“

64 Gerhard Bäcker/Johannes Steffen, Reichtum im Westen – Armut im Osten?, Neue Gesellschaftsspaltungen machen soziale Mindestsicherung erforderlich, in: WSI-Mitteilungen 5/1991, S. 292

65 Vgl. hierzu: Christoph Butterwege, Krise und Zukunft des Sozialstaates, a.a.O., S. 125ff.

66 Michael Hofmann u.a., Ostdeutsche Zustände – westdeutsche Verhältnisse, in: Franz Schultheis/Kristina Schulz (Hrsg.), Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz 2005, S. 170

67 Vgl. Gerhard Bosch/Thorsten Kalina, Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen, in: Gerhard Bosch/Claudia Weinkopf (Hrsg.), Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt am Main/New York 2007, S. 30

charakterisiert: „Entwertet werden, um mit Bourdieu zu sprechen, alle drei Ressourcen, die Menschen zur Sicherung ihres sozialen Status benötigen: ihr ökonomisches, ihr kulturelles und ihr soziales Kapital.“⁶⁸ Nach der Vereinigung gab es einen „Schub in Richtung einer Vertiefung bestehender und Schaffung neuer sozialer Ungleichheiten“, wie Dieter Rink bemerkt.⁶⁹ Rainer Geißler spricht von einer „Differenzierung und Polarisierung nach oben“, weil die sozialen Abstände zwischen Oben und Unten im Rahmen des Wohlstandsschubes für viele ehemalige DDR-Bürger/innen auf einem insgesamt höheren Niveau wüchsen: „Leistungshemmende soziale Nivellierung hat sich umgekehrt in zunehmende soziale Differenzierung. Die Hintergründe dieser Trendumkehr sind die Reprivatisierung der Wirtschaft und des Immobilienmarktes, der Neuaufbau des Mittelstandes von Selbstständigen und Freiberuflern sowie die Spreizung der Lohn- und Gehaltsstrukturen.“⁷⁰

Obwohl in West- und Ostdeutschland eine „Gesellschaft mit hohem Lebensstandard für breite Schichten“ existiert, die frei von Armut, Not und Elend zu sein wähnt, ist von einer „deutliche(n) Schlechterstellung der ostdeutschen Bevölkerung“ im Hinblick auf ein umfassendes Maß an sozialer Sicherung, private Vorsorgeleistungen und bestimmte Freizeitaktivitäten auszugehen.⁷¹ Zwar glichen sich die Einkommens- und Vermögensrelationen in West- und Ostdeutschland schrittweise an. Es gab jedoch gegen Mitte der 90er-Jahre noch erhebliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. Beispielsweise standen sich Paare mit Kindern in Ostdeutschland nur wenig schlechter als Paare ohne Kinder: „Hier hat die umfassende Kinderbetreuung in entsprechenden Einrichtungen die weitere volle Erwerbstätigkeit von Müttern ermöglicht, was sich günstig auf die relative Einkommensposition der Haushaltsnettoeinkommen von Haushalten mit Kindern ausgewirkt hat.“⁷²

Allmählich vollzog sich eine soziale Polarisierung, wobei die Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Haushaltsformen weniger ausgeprägt waren als im Westen: „Die stärkste Verschlechterung mußten Alleinerzie-

68 Michael Vester, Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26-27/1993, S. 15

69 Siehe Dieter Rink, Leipzig – Gewinnerin unter den Verlierern?, in: Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hrsg.), *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1995, S. 57

70 Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*, a.a.O., S. 87

71 Siehe Petra Böhnke/Jan Delhey, *Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutforschung*, in: Eva Barlösius/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hrsg.), *Die Armut der Gesellschaft*, Opladen 2001, S. 321f.

72 Stefan Weick, *Einkommensungleichheit*, in: Michael Braun/Peter Ph. Mohler (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland*, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 31

hende in den neuen Bundesländern hinnehmen.⁷³ Gleichwohl ging es den meisten Ostdeutschen im Gefolge des sozioökonomischen und politischen Transformationsprozesses sehr viel besser als vorher: „Zu den materiellen Gewinnern zählen Selbständige und Freiberufler, Rentner (mit Ausnahme von Kleinrentnern und Personen mit aus politischen Gründen gekürzten Bezügen) sowie Familien mit zwei Verdienern. Finanziell schlechter gestellt sind vor allem Familien mit arbeitslosen Vätern und Müttern (sog. Doppelarbeitslose), Studenten und Alleinerziehende.“⁷⁴

Absehbar war, dass sich die Verteilung der Primäreinkommen in Ostdeutschland aufgrund einer Spreizung der Lohnstruktur, bei nur sehr wenigen ehemaligen DDR-Bürger(inne)n mit Grund- bzw. Kapitalbesitz konzentrierter Vermögenseinkünfte und einer relativ hohen Zahl neuer Selbständiger ungleicher gestalten würde.⁷⁵ Bereits 5 Jahre nach der Vereinigung konnte man feststellen, „dass sich auch dort Ungleichheitsstrukturen herausbilden, die denen der Alt-Bundesrepublik weitgehend entsprechen.“⁷⁶ Das gilt besonders für Haushalte von Selbständigen, die schon bald eine gehobene Position auf der Einkommenskala besetzten.

Selbständige und sog. Freiberufler gelten als dynamischstes Element der Gesellschaftsentwicklung, sodass die meisten Fördermaßnahmen unmittelbar nach der „Wende“ auf den „neuen Mittelstand“ zugeschnitten waren, der nach herrschender Meinung den Kristallisationskern der ostdeutschen Marktwirtschaft bilden sollte.⁷⁷ Der boomartigen Existenzgründung in Handwerk und Mittelstand folgte ab 1992 jedoch ein „Gründerkrach“, dem zahlreiche Betriebe und kleinbürgerliche Existenzen zum Opfer fielen: „War es schon bei der Übernahme der Marktwirtschaft in Handwerk und Kleingewerbe zu einer Pleitewelle gekommen, die vor allem die älteren Vertreter betraf, so setzte Mitte der 90er Jahre im Gefolge der De-Industrialisierung eine neue Pleitewelle ein, die zuerst den Einzelhandel, dann das Handwerk und die Dienstleistungen erfaßte.“⁷⁸ Neben einer quantitativ kaum ins Gewicht fallenden „neuen Bourgeoisie“, die – von Steuervergünstigungen, Sonderab-

73 Ebd.

74 Harry Schröder, Armut und Gesundheit – Veränderungen in den neuen Bundesländern, in: Ulrich Laaser/Karsten Gebhardt/Ursel Brößkamp (Hrsg.), Armut und Gesundheit. Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, 2. Beiheft 1995, S. 90

75 Vgl. Richard Hauser, Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung, a.a.O., S. 69

76 Siehe Volker Offermann, Regressive Modernisierung und Herausforderungen der Verteilungspolitik, in: Frank Schulz-Nieswandt/Gisela Schewe (Hrsg.), Sozialpolitische Trends in Deutschland in den letzten drei Dekaden. Eve-Elisabeth Schewe zum 70. Geburtstag, Berlin 2000, S. 186

77 Vgl. Michael Hofmann/Dieter Rink, Das Problem der Mitte. Mittelstands- und Mittelschichtentwicklung im Osten Deutschlands, in: Peter A. Berger/Michael Vester (Hrsg.), Alte Ungleichheiten – neue Spaltungen, Opladen 1998, S. 151

78 Ebd., S. 158